# Warum Rassismus und Polizei nicht voneinander zu trennen sind

Jonathan Frühling

Der Mord an George Floyd erschütterte die Welt und führte zu massiven Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. International fanden Demonstrationen in Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten in den USA statt, jedoch verbanden die Protestierenden ihre Forderungen auch mit lokalen Themen. Den Menschen wird international immer klarer, dass die Arbeit der Polizei maßgeblich für die Reproduktion und Institutionalisierung von Rassismus verantwortlich ist. Mit institutionellem Rassismus ist ein Rassismus gemeint, der strukturell und gemeinschaftlich von Institutionen durch Anordnungen und Praktiken reproduziert wird.

Die Funktion der Polizei wurde in Deutschland mit dem sogenannten Kreuzbergurteil von 1882 eindeutig als die Aufrechterhaltung der öffentlichen

Sicherheit und Ordnung definiert. Mit "Ordnung" ist vor allem der Privatbesitz

an Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiter\_Innenklasse und Unterdrückung der nicht-weißen Bevölkerung gemeint, die unsere heutige kapitalistische Gesellschaft prägen. Zu Beginn war die Polizei hauptsächlich für die Niederschlagung von Arbeiter\_Innenunruhen, wie z.B. Streiks, oder Aufständen von anderen Unterdrückten zuständig. Sie hatte also von Anfang an

eine klassenpolitische Ausrichtung.

#### Polizei und Rassismus

Eine Studie von der Europäischen Grundrechtsagentur aus 2010 besagt, dass in Deutschland fast doppelt so häufig Personen mit türkischem oder exjugoslawischen Migrationshintergrund kontrolliert werden wie die durchschnittliche Bevölkerung. Bei solchen Personenkontrollen ist die Polizei auf Oberflächlichkeiten angewiesen und dementsprechend kommt ein rassistisches Bewusstsein hier sehr zu tragen und wird sogar Vorschub geleistet, man bezeichnet dies als "Racial Profiling" und wird später noch genauer besprochen. Nicht nur bei Kontrollen, sondern allgemein kommt es sehr auf das Bewusstsein der einzelnen Beamt\_in an, wie sie/er auf der Straße vorgeht. Damit ist auch gemeint, wie genau Gesetze ausgelegt, bzw. inwiefern sie bewusst überschritten werden, wen sie kontrolliert oder wie sie People of Colour behandelt.

#### Seit Marx wissen

wir, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein eines Menschen prägt. Es

wird also durch die soziale Stellung und die gesellschaftlichen

Rahmenbedingungen gebildet. Wir müssen uns außerdem anschauen, was die Polizei

praktisch auf der Straße tut, um bestimmen zu können, welches Bewusstsein sie

hat.

In unserer heutigen Gesellschaft herrscht eine rassistische Ideologie vor. Grundlage dafür sind teilweise die Mechanismen des Kapitalismus, dass wer arm ist, arm bleibt und dass oftmals Migrant\_innen davon betroffen sind. Teilweise aber auch der Wille des Kapitals, die Bevölkerung anhand von ethnischen, religiösen und nationalen Unterschieden zu spalten, um so ihre eigene Herrschaft zu sichern. Die tatsächliche Teilung der Gesellschaft auf Grundlage von ökonomischen Klassen wird somit verschleiert. Um es knackig zu sagen: Eine entlassene Person wird nicht gegen die Firmenleitung protestieren, wenn sie für die Entlassung "die Ausländer" verantwortlich macht.

In diesem Sinn sind auch z.B. die Aushebelung des Asylrechts und die rassistische Hetze durch alle bürgerlichen Parteien zu verstehen. Die Gesetzesverschärfungen werden mal eben mit der rassistischen Aussage erklärt,

dass man sich damit gegen die Massen an Terrorist\_innen unter den

Flüchtenden

schütze. Und mit der islamophoben These, dass der Islam das Hauptproblem Deutschlands sei, lässt sich auch insgesamt von den katastrophalen Auswirkungen

der kapitalistische Politik Deutschlands ablenken und Kriege wie in Afghanistan, Syrien und Mali rechtfertigen.

Die Polizei hat dabei direkt die Funktion die rassistische Regierungspolitik in die Tat umzusetzen. Sie schließt die Grenzen, greift "illegale"

Migrant\_Innen auf und führt Abschiebungen durch. Sie ist also direkt mit der Aufgabe betraut, gegen den rassifizierten Feind vorzugehen. Die Polizei ist deshalb

in ihrer Funktion, ihrem Denken und Handeln einer der extremsten Ausdrücke

dieser Politik. Das rassistische Bewusstsein materialisiert sich so bei der Polizei in einer verschärften Form. Menschen, die damit ein Problem hätten, werden auch nicht zur Polizei gehen wollen, sodass man vor allem autoritäre und

ohnehin rechte Personen anzieht. Für

hohe Polizeibeamt\_Innen, die mit ihren Handlungen das Bewusstsein des Apparates

durchdringen, gilt dies in besonderem Maße.

#### Polizei und Rassismus in den USA

Auch bei der Betrachtung der Geschichte der Polizei in den

USA, wird ihre Funktion in der Gesellschaft augenscheinlich. Die Wirtschaft der

Südstaaten basierte bis zur Aufhebung der Sklaverei 1865 auf der Ausbeutung von

Sklavenarbeit. Im 17. und 18. Jahrhundert begannen die Regierungen damit, sogenannte Sklavenpatrouillen einzurichten. Diese sollten die versklavte Bevölkerung in Unterdrückung halten und notfalls Aufstände niederschlagen. Ihre

Aufgabe war also schlicht und ergreifend, die Vorherrschaft der weißen Bevölkerung aufrechtzuhalten. Nach dem Ende des Bürger\_Innenkrieges

#### 1865 wurden

diese Milizen in die offiziellen Polizeiorgane überführt. Deren ideologisches Vermächtnis besteht bis heute in der modernen US-amerikanischen Polizei fort.

Der Mord an Floyd George war deshalb auch kein Einzelfall. Wenn ein Bulle am hellichten Tage und vor laufender Kamera einen Menschen kaltblütig ermordet, dann muss er sich sehr sicher sein, dass Richter und Staatsanwälte ein derartiges Verhalten decken. Tatsächlich landen in den USA nach einer Tötung durch die Polizei nur 4 von 400 Polizist\_Innen vor Gericht, nur eine Person davon wird verurteilt.

Das rassistische Polizei- und Justizsystem führt dazu, dass schwarze Menschen prozentual doppelt so oft wie alle anderen Teile der Gesellschaft

eingesperrt werden. Dadurch erfahren sie zusätzliche gesellschaftliche Diskriminierung. Zudem verringert sich so die Chance, in Freiheit wieder einen

Job zu bekommen. Es gibt sogar Bundesstaaten in den USA, die ehemaligen Sträflingen lebenslang das Wahlrecht verwehrt.

In vielen Städten in den USA ist die schwarze Bevölkerung in Viertel zusammengedrängt, in denen fast ausschließlich schwarze Menschen wohnen. Die USA ist bis heute ein stark segregiertes Land (Schlagwort: Redlining). Da die schwarze Bevölkerung ökonomisch benachteiligt ist, sind diese Viertel verarmt. Drogenabhängigkeit, Kriminalität und andere soziale Verwerfungen sind Begleiterscheinungen dieser Umstände. In den entsprechenden

Viertel führt sich die Polizei eher wie eine Besatzungsmacht, denn als "normale" Polizei auf. Hier muss sie sich für rassistisches Vorgehen besonders

wenig rechtfertigen und nutzt das auch vollständig aus.

Dass es heute in die USA auch Polizist\_Innen of colour gibt, ändert nichts an dem Charakter der Polizei. Zudem übernehmen Polizist\_Innen of colour rassistische Verhaltensweise und führen nachweislich genauso oft Racial

Profiling durch. Die Existenz von Polizist\_Innen of colour spiegelt nur die Integration Teile der kleinbürgerlicher schwarzen Community in den bürgerlichen Staat wieder, vor allem vermittelt durch die Demokratische Partei. An dem Rassismus in den USA hat der schwarze Präsident Obama von der Demokratischen Partei übrigens auch rein gar nichts geändert

#### **Racial-Profiling**

Mit Racial-Profiling sind staatliche Maßnahmen gemeint, bei denen als Opfer gezielt People of Colour ausgewählt werden. Der Begriff meint sich jedoch nicht nur Kontrollen, sondern bezieht auch rassistische Wahrnehmungs- und Ermittlungsperspektiven mit ein. Richter, Staatsanwälte und die Presse nutzten Racial Profiling ebenfalls, um Rassismus zu institutionalisieren.

#### Die rechtliche

Grundlage für Racial Profiling auf der Straße ist das Werkzeug der "verdachtsunabhängigen"

Kontrollen. Zwar darf die Hautfarbe offiziell nicht als Grund für eine Kontrolle angegeben werden, doch wer kontrolliert wird und was letztlich in dem

Polizeibericht steht, entscheidet der/die einzelne Beamt\_in (bzw. deren rassistisches Bewusstsein).

### Racial Profiling

nehmen bei der Reproduktion des strukturellen und institutionalisierten Rassismus eine sehr wichtige Funktion ein. Zum einen setzen sie People of Colour massiv unter Druck, die sich der Schikane der Kontrolle hingeben müssen

und sich nirgendswo vor der Polizei sicher fühlen können. Zudem ist die Gefahr

z.B. mit einer geringen Menge Cannabis erwischt zu werden, dadurch natürlich

für diese Menschen deutlich höher. Dies kann den Verlust des Führerscheins und

damit des Jobs zur Folge haben. Zudem suggeriert Racial Profiling Passanten,

dass von People of Colour eine höhere Gefahr ausgeht. So reproduziert Racial

Profiling Rassismus in der gesamten Gesellschaft.

#### Die ständige

Verfolgung, öffentliche Demütigung und Bloßstellung können zudem zu psychischen

Schäden, wie Depressionen und/oder Verfolgungswahn führen. Darüber hinaus

schränkt Racial Profiling die Bewegungsfreiheit von People of Colour und damit

ihre gesellschaftliche Teilhabe ein. Auch die Zeit, die die Kontrollen kosten und die Termine, die sie dabei möglicherweise verpassen, sind ein starke Einschränkung für sie.

#### Gegen Racial

Profiling gerichtlich vorzugehen ist wenig sinnvoll. Polizist\_Innen decken sich dabei immer gegenseitig und die (zumeist weißen) Richter und Staatsanwälte decken die Polizei. Letztlich sind nämlich alle diese Instanzen Akteure desselben rassistischen Systems. Deshalb ist ein Vorgehen gegen die Polizei mittels der Gerichte auch allgemein faktisch unmöglich. Zudem kann es zu Gegenanzeigen durch die Polizei kommen, weshalb der/die Kläger\_In oft selbst

auf der Anklagebank landet und abgeurteilt wird.

## Will man etwas gegen

Racial Profiling tun, dann sollte man nach Situationen des Racial Profilings Ausschau

halten und den Vorgang sichtbar beobachten. Dies übt Druck auf die handelnden

Beamten aus, wie einige selbst vor Gericht angaben. Eine verbale Einmischung, z.B. mit der Frage:

"Wieso wird diese Person kontrolliert?", kann diesen Druck erhöhen und die polizeiliche Arbeit behindern. Auch das Filmen oder vermeintliche Filme kann

dabei helfen, der Polizei ihr rassistisches Gebaren unangenehm zu machen.

#### Polizei, Grenzen und Geflüchtete

Wie bereits erwähnt ist die Polizei das Werkzeug, mit dem der Staat ihre rassistische Abschottungspolitik umsetzt. Nationale Polizeikräfte organisieren sich in der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex. Diese setzt mit ihren Maßnahmen das theoretisch geltende Asylrecht fast vollständig außer Kraft. Sie sorgen dafür, dass Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, als feindliche Invasoren gebrandmarkt werden. Legitimiert wird diese Politik mit dem angeblichen Schutz unserer Kultur und dem Kampf gegen Terrorismus. Diese Rechtfertigungen triefen vor offenen rassistischen Lügen.

Doch auch national wird die Polizei für die

Abschottungspolitik eingesetzt. Sie überwacht z.B. die nationalen Grenzen und

kann Menschen willkürlich an der Einreise hindern. Zudem führt sie Abschiebungen aus und fliegt dabei auch Länder, wie Afghanistan an. Im Inland

setzt sie Residenzpflichten durch, die aus dem rassistischen Asylgesetz resultieren.

## Forderungen im Kampf gegen die Polizei

Im Kampf gegen das rassistische Repressionsorgan Polizei stellen wir folgende Forderungen auf:

- Defund the police! Keine
   Finanzierung der Polizei. Das Geld brauchen wir für Sozialleistungen,
   Bildung
   oder sozialen Wohnungsbau!
- Keine Militarisierung der Polizei. Sofortige Entwaffnung der Polizei, vor allem, was Taser, Maschinenpistolen und Handgranaten angeht!
- Schränkt den Handlungsraum der Polizei ein: Keine verdachtsunabhängige Kontrollen, kein Begriffe, wie "drohenden

Gefahr", keine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren!

- Keine Massenüberwachung z.B. durch Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Videoüberwachung!
- Kein Racial Profiling! Hartes
   Aburteilen von Bullen, die Racial Profiling anwenden!
- Organisiert militanten Selbstschutz:
   Niemand beschützt uns vor den Angriffen von Sexist\_Innen,
   Rassist\_Innen, Faschos
   (und der Polizei), das müssen wir schon selber tun!
- Für eine Zerschlagung des
   Polizeiapparates und des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staates!
   Für die Ersetzung
   dessen durch bewaffnete Verteidigungsstrukturen der
   Lohnabhängigen,
   Jugendlichen, Frauen, LGBTIA und Migrant\_innen, die demokratisch
   kontrolliert
  - sowie wähl- und abwählbar sind!

# Zwischen Entmündigung und Sparzwang: Jugendwohnen in Zeiten der Pandemie

## Eine betroffene Genossin berichtet

Im Frühjahr 2017 wurde ich

von dem für mich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Seitdem lebte ich

drei Jahre lang in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Ich entschied mich damals

selbst, in Obhut genommen zu werden, um meinem Elternhaus zu entkommen. Während

ich in diesem Hilfesystem lebte, lernte ich dessen Stärken, aber vor allem auch

dessen Schwächen kennen. Im Grunde soll es Jugendliche dabei unterstützen, in

ihr selbständiges Leben zu starten. Dabei stehen aber leider weniger die Entwicklung und Bedürfnisse der Jugendlichen im Vordergrund, sondern eher die

Kostenminimierung und die traditionelle Hoheit der Familie. In Zeiten der Corona- und Wirtschaftskrise verstärkt sich dieser Zustand zunehmend, wie ich

am eigenen Leib spüren musste.

Bereits bevor ich in die Jugendhilfe

aufgenommen worden bin, merkte ich, welchen Stellenwert ich für das Jugendamt

hatte. Erst nachdem zwei voneinander unabhängige Therapeutinnen und zwei

voneinander unabhängige Sozialarbeiterinnen sich mit der Bitte, mich dabei zu

unterstützen, mein Elternhaus zu verlassen, an das Jugendamt wandten und meine

Eltern jegliche Zusammenarbeit verweigerten, wurde ich in Obhut genommen. Aber

selbst dann war alles noch abhängig von der Unterschrift meiner Eltern. Diese

mussten der Hilfe für mich zustimmen und auch einen Teil, gemessen an ihrem

Einkommen, davon bezahlen. Im Endeffekt mussten sie von einem Familiengericht

zur Unterschrift gezwungen werden. Da zeigt sich bereits, dass der\_die Jugendliche kaum als mündiges Individuum betrachtet wird, sondern eher als Besitztum der Eltern. Auch, dass die Familie als Institution in konservative Weise immer noch als "Keimzelle der Gesellschaft" betrachtet wird, behindert

die Unterstützung der Jugendlichen, welche zuhause Gewalt erfahren. Dadurch

bekommen die Eltern über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder die Chance,

meist bei angemeldeten Hausbesuchen, den Schein zu wahren, dass doch alles in

Ordnung sei. Egal von welchen schlimmen Taten der\_die Jugendliche berichtet. Im

schlimmsten Fall wird nach harmlosen angemeldeten Hausbesuchen dann die

Intervention des Jugendamtes in der Familie beendet, der Fall zu den Akten gelegt und die Gewalttaten können wieder ungestört von statten gehen.

Eigentlich alle Jugendlichen, welche ich während meiner Zeit in der Jugendhilfe

kennengelernt habe, haben nicht nur eine, sondern mehrere Gewalttaten über

einen langen Zeitraum hinweg erlebt, auch trotz mehrfacher Interventionen des

Jugendamtes in diesen Familien.

Die Dunkelziffer an Familien,

in denen Jugendliche physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind, ist unglaublich hoch. Hinter der bürgerlichen Fassade der

Friede-Freude-Eierkuchen-Familie tut sich für manche von uns die Hölle auf.

ein kleiner Teil der Betroffenen schafft es daraus zu entkommen. Wenn man dann

das Glück hat, in die Jugendhilfe aufgenommen zu werden, ist man zwar vor dem

Elternhaus weitestgehend geschützt, wird aber stattdessen mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Einrichtungen der Jugendhilfen unterscheiden sich sowohl stark vom Konzept als auch vom konkreten Zustand. Sie werden nicht

direkt vom Jugendamt kontrolliert oder unterhalten. Dies wird von sogenannten freien

Trägern übernommen. Diese sind meistens non-profit Organisationen. Diese bekommen

pro Kind oder Jugendliche\_r einen Betrag, um dessen Betreuung zu finanzieren.

Davon werden dem\_der Jugendlichen auch gewisse Beträge, anhängig vom Alter und

Jugendamt und Träger, als Taschengeld, Hygiene-, Guthaben-, Fahrkartenund

Bekleidungsgeld ausgezahlt. Hört sich erstmal gut an. Allerdings sind diese Beträge weniger als ausreichend. Von meinem Fahrkartengeld konnte ich höchstens

einmal in der Woche in die Stadt fahren. Für weitere Fahrten ging dann mein Taschengeld drauf, welches auch der einzige Betrag ist, über den ich, ohne eine

Abrechnung zu schreiben, verfügen durfte. Alkohol durfte ich davon trotz Volljährigkeit dennoch nicht kaufen. Über das wenige Geld, was man bekommt,

kann man also nicht einmal frei verfügen. Aber nicht nur bei diesen Geldern wird

gespart, was das Zeug hält: auch die Ausstattung der meisten Einrichtungen ist

sehr heruntergekommen. Bei den wenigsten kann man da von einem Zuhause sprechen. Jegliche Ausgaben der Wohngruppe, ob Ausstattung oder Ausflüge, müssen bei dem Träger begründet und genehmigt werden.

Dieser hat auch bei allem anderen die Entscheidungsgewalt.

Er bestimmt, wer einziehen darf, welche Betreuer\_Innen angestellt oder gekündigt werden und welches Konzept in der Wohngruppe angewendet wird. Daraus

resultierte dann einige Male, dass Betreuer\_Innen eingestellt oder einfach nicht entlassen worden sind, nachdem alle Jugendliche sich gegen die Zusammenarbeit mit diesen ausgesprochen haben. Gründe dafür waren zum Beispiel,

dass der\_die Betreuer\_In handgreiflich geworden ist oder einfach ständig anfing, ungefragt über sexuelle Themen zu sprechen. Somit blieb uns Jugendlichen nichts anderes übrig als zu vermeiden, Zuhause zu sein, wenn der die Betreuer In Dienst hatte.

Sowie der Eintritt ist auch der Austritt aus der Jugendhilfe mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Viele Jugendliche, welche diese Hilfe in

Anspruch nehmen, haben keine Eltern, die sie finanziell nach der Jugendhilfe unterstützen könnten. Somit müssen sie mit spätestens 21 Jahren ein geregeltes

Einkommen und ein paar Rücklagen haben, um Dinge wie eine Mietkaution oder eine

Erstausstattung zu finanzieren. Gelder für solche Dinge kann man zwar bei der

wirtschaftlichen Jugendhilfe beantragen, aber auch diese Beträge reichen nicht

aus. Selbst Geld anzusparen ist auch für Jugendliche mit einem Einkommen durch

eine Beschäftigung nicht möglich. Jugendliche, welche in der Jugendhilfe landen, tragen meistens so krasse Lebensgeschichten mit sich rum, dass ein reibungsloser Bildungsweg oder dem Nachkommen einer geregelten Tätigkeit nicht

möglich sind. Selbst wenn man arbeiten geht, ist man verpflichtet, ab einem Freibetrag, welcher unter 200 Euro liegt und in das Taschengeld mit eingerechnet wird, 75% deines Einkommens an das Jugendamt zu zahlen. Diese

Pflicht wird damit begründet, dass die Kosten für die eigene Betreuung ja sehr

hoch seien und auch irgendwie finanziert werden müssen. Du musst am Ende also

dafür bezahlen, was deine Eltern angerichtet haben und musst dir so die Chance auf ein kleines finanzielles Puffer trotz harter Arbeit nehmen lassen. Dies führte bei den Jugendlichen, welche ich kennengelernt habe, entweder dazu, dass

sie erst gar nicht arbeiten gegangen sind oder angefangen haben, Gelder zu hinterziehen. Jugendliche aus prekären Lagen werden durch die Hilfen also weiter prekarisiert.

Durch die momentane Corona- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Jugendlichen weiter verschärft. Sie dürfen keine Kontakte außerhalb der Wohngruppe mehr haben und müssen so ihre gesamte Zeit in der

Wohngruppe mit Betreuer\_Innen verbringen. Dies ist eine hohe psychische Belastung. Für viele sind ihre Wohngruppen kein Zuhause, sondern hauptsächlich

der Ort, an dem sie schlafen und essen. Ihre Freizeit verbringen sie hauptsächlich mit vertrauten Personen aus ihren Freundeskreisen, welche sie in

der schweren Zeit in der Jugendhilfe begleiten. Zudem gibt es in den meisten Wohngruppen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch unter den Einschränkungen,

die ihrer Betreuer\_Innen erfahren, leiden die Jugendlichen. Diese dürfen selbst

keine sozialen Kontakte außerhalb der Wohngruppe pflegen und haben aufgrund der

Corona Auflagen viel mehr zu tun bei gleichbleibendem Gehalt. Hinzu kommt noch

das ohnehin schon erhöhte Arbeitsaufkommen durch Ausfall von Kolleg\_Innen aus

Risikogruppen. Durch diese hohe Arbeitsbelastung ist viel weniger Zeit, um sich

mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und der Stress steigert sich täglich.

Dies bekommen am Ende die Jugendlichen dadurch zu spüren, dass ihre Betreuer\_Innen

so viel mit sich zu tun haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die

Jugendlichen angemessen zu betreuen. So kam es in den letzten Monaten meines

Aufenthaltes dort zu massiven Auseinandersetzungen und der Tatsache, dass ich

meinen Auszug allein planen musste.

Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass die bestehenden

Betreuungskonzepte bei Weitem nicht ausreicht, um Jugendlichen die

Unterstützung zu bieten, welche sie brauchen und verdienen. Es müssen viel mehr

Mittel für die Zukunft dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden, damit sie

die Chance haben, sich ein eigenständiges Leben unabhängig von ihren Eltern

aufzubauen und die Benachteiligung aufgrund ihrer Familiengeschichte überwinden

können. Statt dem Trägersystem braucht es gut finanzierte staatliche Einrichtungen unter vollster demokratischer Kontrolle durch die betroffenen Jugendlichen, Pädagog\_Innen und Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse. Diese

Rätestrukturen müssen auch das repressive Jugendamt ersetzen, dessen Aufgabe es

ist, die Erziehungs- und Rechtsvorstellungen eines patriarchalen

kapitalistischen Nationalstaates Namens Deutschland durchzusetzen, ob für oder

gegen den Willen der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern stattdessen vollste

Mitspracherechte für uns darüber, wo wir mit wem wie wohnen wollen. Außerdem

müssen die Hierarchien durchbrochen werden. Jugendliche sind mündige Menschen, die

selber am besten einschätzen können, ob sie mit ihrer Familie zusammenleben

oder mit welcher\_m Betreuer\_In sie zusammenarbeiten können. Zudem müssen

Familien antastbar sein, damit sie keinen Schutzraum für Gewalttaten darstellen. Jugendliche sind nicht der Besitz ihrer Eltern, sondern eigenständige Menschen!

#### Frühere rechtliche

Gleichstellung von Jugendlichen, angepasst an die Situation der jeweiligen

Länder!

Für das Recht auf gegenständliches
 Eigentum und die eigenständige Verfügung darüber für Jugendliche!

• Für den Ausbau von

Schutzräumen für Kinder und Jugendliche! Niemand soll bei seiner Familie

bleiben müssen, wer das nicht möchte!

#### • Für selbstverwaltete

Freiräume für Jugendliche, den massiven Ausbau von unabhängigen Jugendzentren und kostenloser Zugang zu einem ausgebauten Freizeit- und Kulturangebot für Jugendliche bezahlt durch die

Besteuerung der Reichen!

• Für ein bedingungsloses

Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht.

Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!

Massives staatliches

Investitionsprogramm in Jugendbetreuung, Soziale Arbeit und Bildung! Bezahlt

durch die Bestreuerung des Kapitals und kontrolliert durch die Arbeiter\_Innenbewegung!

# Linke Politik in der Pandemie?! Teil 3: SPD und Linkspartei

In den ersten beiden Teilen

dieser Artikelreihe haben wir uns zunächst mit den Gewerkschaften und dann mit

der radikalen Linke auseinandergesetzt.

Zuletzt, wollen wir uns anschauen, was die beiden größten bürgerlichen Arbeiter\_Innenparteien im Parlament während der Corona-Zeit so getrieben haben.

Mit "bürgerlichen

Arbeiter\_Innenparteien" meinen wir Parteien wie die SPD oder die Linke, weil

sie im Parlament bürgerliche Politik, das heißt Politik im Interesse der herrschenden Kapitalist\_Innenklasse machen, aber gleichzeitig aufgrund ihrer

Tradition und sozialen Zusammensetzung eine starke Verbindung zur Arbeiter\_Innenklasse haben.

Das erste "Rettungspaket"

Um deren Politik einschätzen zu können sollten wir zunächst auf die Anfänge des

Covid-19-Virus blicken, auch wenn der Ausbruch in Deutschland schon etwa 3

Monate her ist. Das erste Paket an Maßnahmen wurde damals von einer großen

Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Es

beinhaltete neben mehreren Billionen Euro, die die Unternehmen quasi geschenkt

bekamen, auch das sogenannte "Kurzarbeitergeld", welches eine weitere Millionensubvention für Unternehmen bedeutete, da die Lebensunterhaltskosten

ihrer Angestellten nun aus Steuergeldern und nicht aus der Konzernkasse

finanziert werden. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat dabei die ohnehin

massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt. Zu dieser massiven Umverteilung von Steuergeldern zugunsten der Reichen gab es wenig Widerspruch

von der SPD, aber auch von der Linken. Katja Kipping (Parteivorsitzende der Partei die Linke) feierte das "Hilfs-Paket" sogar als "sozialen Fortschritt".

#### Die bürgerlichen

Arbeiter\_Innenparteien haben sich also, wie die Gewerkschaften, zu einer Burgfriedenspolitik (das heißt: Zurückstellen von Kritik im Sinne der nationalen Einheit zur Bewältigung der Krise) entschieden. Während die SPD als

Teil der Großen Koalition auch heute noch die arbeiter\_Innenfeindliche Politik

der Bundesregierung zu verantworten hat, probiert die Linke seit ein paar Wochen wieder mehr einen auf Opposition zu machen.

Die Linke zurück in der Opposition?

Die Linke veröffentlichte am

28. März ein umfassendes Papier unter dem Titel "Solidarisch aus der Krise – Menschen vor Profite!". Dieses Papier mit dem netten Titel besteht aus Beschlüssen

der Partei und legt damit die Grundlage der Politik der Linken während der Corona-Pandemie fest. Es liest sich eigentlich gar nicht schlecht: "Für ein krisenfestes Gesundheitssystem", "Die Kosten

der Krise gerecht verteilen", "Solidarität über Grenzen hinweg – Leben weltweit schützen" sind

einige der Überschriften aus dem Papier.

Also alles

supi-dupi-solidarisch? Na dann brauchen wir ja alle nur die Linke wählen und alles wird gut? Nein! Das Problem sind aber nicht die teilweise richtigen sozialdemokratischen

Forderungen, sondern das, was nicht drinsteht. Es fehlt zum Beispiel eine Begründung, warum denn unser Gesundheitssystem nicht krisenfest ist, warum die

Kosten der Krise nicht gerecht verteilt werden und warum die Solidarität im Nationalismus verpufft. Es fehlt eine Antwort auf die Frage, wo die strukturellen Ursachen der sozialen Verwerfungen der Corona-Krise liegen und

wie eine Gesellschaft aussehen kann, deren Zweck es ist, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen anstelle möglichst viel Profit anzuhäufen. Ebenso fehlt es

an einer Antwort auf die Frage, was mit den Zehntausenden Geflüchteten passieren soll, die in überfüllten Lagern an den Außengrenzen der Festung Europa leben müssen. Statt internationale Solidarität auszuüben, indem sie sich

z.B. für offene Grenzen aussprechen würde, will Die Linke vor allem den Wirtschaftstandort Deutschland retten.

### Und was hat Die Linke eigentlich

aktiv versucht, um diese Forderungen umzusetzen? Bis auf ein paar kritische Redebeiträge in Bundestag und Landesparlamenten war dahingehend still um die

Partei. Keine Spur von Protestaufrufen. Keine Spur von Aufrufen an die Gewerkschaftsführungen gegen die geplanten Massenentlassungen und Umverteilungsmaßnahmen zu Gunsten der Reichen zu streiken.

#### Die Linke erkennt in ihrem

Beschlusspapier zwar richtig: "Die Krise trifft die am härtesten, die am wenigsten haben". Sie stellt dort auch Forderungen auf, was dagegen getan werden sollte: Zum Beispiel die Anhebung des Kurzarbeiter\_Innengeldes, höhere

Besteuerung von Reichen oder Schluss mit Schuldenbremse. Bei den Arbeiter\_innen

scheint sie damit aber nicht so richtig anzukommen: Während bei den aktuellen

Sonntagsumfragen zur Bundestagswahl die Werte der CDU während der Corona-Krise

von 27% (07.02.2020) auf 39% (29.05.2020) stiegen, sank der Wert der Linken

leicht von 10 auf 8 Prozent (von Forschungsgruppe Wahlen). Gleichzeitig dominieren rechte Kräfte die "Hygiene-Bewegungen" auf der Straße. Das Erstarken

von dubiosen Bewegungen, die durch Verschwörungstheorien bis hin zu offen

faschistischen Ideen einen Ausweg aus der Krise propagieren, lässt sich auch durch die Abwesenheit einer linken Alternative besser verstehen.

#### Wenn wir den Rechten die Rolle

der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir jetzt eine klassenkämpferische Antikrisenbewegung, die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf die Straßen trägt. An SPD, Linke und Gewerkschaften kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht

vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter\_Innenklasse zählt zu ihren

Mitgliedern. Doch um aktiven Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen Arschtritt!

#### Auch wir von REVOLUTION treten

für Reformen ein, die direkt die Lebensbedingungen von uns allen verbessern und

die auch schon im Kapitalismus umgesetzt werden können. Zum Beispiel die Forderung nach Weiterzahlung des vollen Gehalts während der Corona-Krise. Allerdings machen wir uns auch Gedanken darüber, was passieren muss, wenn die

Chefetagen der Unternehmen nicht dazu bereit sind. Deshalb fordern wir in einem

zweiten Schritt die Offenlegung der Geschäftsbücher sowie die Verstaatlichung

der Unternehmen und die demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten. Letztendlich werden wir die großen Krisen, denen wir gegenüber stehen (ob Corona-Pandemie, Klimakrise, Wirtschaftskrise oder Festung Europa), jedoch nur

solidarisch bewältigen können, wenn wir der kapitalistische Profitlogik die Perspektive des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaft entgegenstellen.

Dazu braucht es ein revolutionäres Programm, das einen Weg dahin aufzeigt. Eine

Anti-Krisenbewegung muss auf der einen Seite geeint kämpfen und auf der anderen

Seite über das richtige Programm streiten.

Wenn's der Wirtschaft gut geht, geht's allen gut?

Seit Jahrzehnten erzählen uns

Finanzminister\_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse.

Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau und Sparprogramme wurden mit dem

Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung möglichst gering halten zu müssen.

Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende:

Plötzlich ist massig Geld da und die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere 130 Milliarden Euro investiert werden, um

die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere

Billionen Euro zu diesem Zweck an Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also, dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer

pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die

Unternehmenskassen zu pumpen.

Dabei konnte die SPD sich

immerhin durchsetzen, dass die von der Autoindustrie und von großen Teilen der

CDU geforderte Autoprämie für Verbrenner nicht Teil des Pakets geworden ist. Es

sollen aber die Kaufprämien für E-Autos erhöht werden. Als "ökologische Wende

nach der Krise" lässt sich dies aber nun auch nicht gerade betiteln sondern eher als Geschenk an die deutsche Automobilindustrie. Weitere Kernpunkte des

Pakets sind Maßnahmen, mit denen die Bundesbürger\_innen wieder in die Shoppingmalls gelockt werden sollen: einmaliger Kinderbonus von 300€ pro Kind,

zusätzliche Unterstützung von Unternehmen und die Senkung der Mehrwertsteuer

vom 1. Juli bis 31. Dezember von 19 auf 16 Prozent. Während die SPD den ganzen

Mist zu verantworten hat, kritisiert Die Linke immerhin richtiger Weise, dass damit wenig den geholfen wird, die am meisten auf staatliche Hilfe angewiesen

sind: Geringverdiener\_Innen und Arbeitslose. Außerdem meint Sie, dass das Paket

nicht nachhaltig genug sei. Vom Sozialismus aus ihrem neuen Beschlusspapier ist

hier jedoch schon wieder keine Rede mehr. Die Linke wünscht sich vielmehr einen "zahmeren Kapitalismus". Ein bisschen soziales und ökologisches Parfum auf die

Verwertungslogik und dann wird die nationale Wirtschaft schon wieder laufen.

Von der demokratischen Kontrolle der Produktion durch die Beschäftigten und

internationaler Solidarität ist hier jedoch nichts zu hören.

Uns als Kommunist innen geht es

nicht darum, wie ein solches Konjunkturpaket hätte sozialer & ökologischer aussehen können. Es geht uns um die Frage, ob die strukturell im Kapitalismus

bedingten Wirtschaftskrisen, die alle paar Jahre wieder ausbrechen, damit gelöst werden, dass man die Bevölkerung zum Einkaufen motiviert. Wie Olaf Scholz ganz ehrlich zugegeben hat, geht es in erster Linie darum, das Wachstum

wieder anzukurbeln. Dabei sollen für Olaf jedoch nicht das Gesundheitssystem

oder der soziale Wohnungsbau wachsen, sondern die Profite der Kapitalist\_Innen.

Darum geht es dem Konjunkturpaket. Um die Billionenhilfen für die Wirtschaft

finanzieren zu können, wird eine gigantisch hohe Staatsverschuldung in Kauf genommen. Zahlen sollen am Ende die Lohnabhängigen in Form von Massenentlassungen und Sozialkürzungen.

Was sollten SPD und Linke tun?

Die SPD muss sich überhaupt erst

einmal wieder auf das Ziel zurückbesinnen, mit dem ursprünglich vor über 150

Jahren gegründet wurde: die Interessen der Arbeiter\_innen und Unterdrückten zu

vertreten. Sie sollte sich also gegen jede Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiter\_Innenklasse stellen. Wenn sie das tut, muss sie allerdings raus aus der Groko!

Die Linke sollte nicht nur im Parteiprogramm über Antikapitalismus und Sozialismus reden, sondern auch im aktuellen politischen Geschehen die Zusammenhänge

von Krisen und Kapitalismus mit einer internationalistischen und sozialistischen Perspektive verbinden.

Zusammen sollten SPD und Linke

nicht nur Reden im Bundestag schwingen sondern aktiv mit den Gewerkschaften

eine Anti-Krisenbewegung auf die Straße bringen, die für eine sozialistische Perspektive kämpft und sich dem wachsenden Rassismus und rechten Verschwörungstheorien entgegenstellt. Eine Anti-Krisenbewegung muss eine unabhängige Stimme der Lohnabhängigen, Migrant\_Innen und Jugendlichen darstellen

und ein eigenes Programm für diese demokratisch entwickeln. Dabei muss sie den

Anschluss an bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lifes-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus

in ihr Aktionsprogramm integrieren.

Wir haben allerdings auch keine Illusionen in die Führung der beiden Parteien,

sondern sehen dies eher als Aufforderung an die Basis mit der Führung zu brechen und selbst auf die Straße zu gehen. Dort müssen wir uns organisieren

und selbst demokratische Strukturen aufbauen, in denen wir frei darüber diskutieren können wie wir in Zukunft leben wollen und mit welchem Programm wir

da hinkommen.

# Was der Bundesligastart über den Zustand des Profifußballs aussagt:

#### Marcel Möbius

Seit dem 15. Mai wird in der 1. und 2. Bundesliga wieder Fußball gespielt. Seit dem 30. Mai auch in der 3. Liga. Das Alles ohne Zuschauer, als sogenannte "Geisterspiele" und unter Einhaltung strenger Hygieneregeln. Damit nimmt die Deutsche Fußball-Liga (DFL) im internationalen

Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Nachdem dies sich als wirtschaftlich lukrativ herausgestellt hat, werden andere große europäische Ligen diesem Beispiel folgen. So wird in Spanien beispielsweise am 11. Juni der Spielbetrieb

fortgesetzt. Um dies möglich zu machen, werden extra regelmäßige Tests auf das

Coronavirus bei SpielerInnen und BetreuerInnen durchgeführt und diese in Quarantäne gesetzt, wenn nötig. Dies ist besonders international ein Hohn, wenn

man betrachtet, dass in Italien und Spanien nicht einmal genügend Tests existieren, um die Zivilbevölkerung zu versorgen. Allerdings sollen für den Profisport hier massiv die Ressourcen locker gemacht werden. Dafür riskiert man

eine fortschreitende Verschlechterung der Versorgung der Zivilbevölkerung und

die Leben der ArbeiterInnenklasse. Dies alles tut man nur um den sportlichen Wettbewerb aufrechtzuerhalten? – Wohl kaum! Man muss sich vor Augen führen,

dass der Profifußball ein riesiger Markt geworden ist, in dem es um hunderte Millionen Euro geht. Es ist eine Unterhaltungsindustrie, die sich durch Fernsehgelder, Werbekampagnen, Eintrittspreise und Merchandise finanziert. Besonders deutlich wird die Entfremdung des Profifußballs vom ursprünglichen Gedanken des Sport, wenn man betrachtet, dass der gesamte

Amateurfußball unverzüglich eingestellt wurde. Dies ist wiederum nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die meisten Amateursportvereine sich

ohnehin finanziell in miserablen Situationen befinden. Kaum ein Verein generiert Überschüsse, die den Zwecken der Erhaltung der eigenen Infrastruktur

genügen. Zumeist ist man auf die finanzielle Unterstützung von Kleinunternehmen

angewiesen, für die der Verein zur Werbefläche wird. So zeigt sich, dass auch

bei Amateurvereinen die gleichen Mechanismen gelten wie im Profibereich. Lediglich die Summen und die Größen von Vereinen und Unternehmen variieren.

Noch mehr verdeutlicht sich die Entfremdung des

Profifußballs vom Grundgedanken des Sports, wenn man betrachtet, welche Transfersummen und Gehälter im Profifußball fließen. Nicht selten werden hier

Millionen als Jahresgehalt für Vollzeitsportler gezahlt. Das echt absurd, wenn man es in Relation zu durchschnittlichen ArbeiterInnenlöhnen setzt – schon allein im Vergleich, wenn man sieht, dass die Spieler vieler Vereine auf ihre Gehälter ganz oder teilweise verzichtet haben, um die Lohnzahlungen der ArbeiterInnen

des Vereins zu sichern. Was wie eine große Geste wirkt, ist doch eher ein Akt der Selbsterhaltung für die kapitalistische Maschinerie der Fußballindustrie.

Darüber hinaus hat die ökonomische Betrachtung des

Profifußballs auch einen sexistischen Aspekt, da im Frauenfußball die Gehälter

und auch die gesamte Marketingindustrie drum herum um ein vielfaches kleiner

sind, sodass es Vollprofifußballerinnen in Deutschland kaum gibt. Die

Gehälter

reichen nicht aus, um den Lebensunterhalt zu sichern. Daher müssen die Frauen

neben dem zeitlich und körperlich ebenbürtigen Aufwand zum Männerfußball auch

noch Lohnarbeit oder einem Studium nachgehen.

Dabei ist es doch nicht die gesamte Industrie und das

Marketing, weshalb die meisten Menschen den Fußball mit Leidenschaft verfolgen

 aktiv im Amateurbereich, als aktive Fans im Stadion oder auch als stille BeobachterInnen zu Hause. Fußball ist der beliebteste Sport der ArbeiterInnenklasse in Deutschland, doch er hat sein Gesicht verändert – er wurde bis zur Unkenntlichkeit von der Kommerzialisierung und der Vermarktung

aus Profitinteressen verdreht. Diese haben dazu geführt, dass sich allen voran

die Fußballverbände und FunktionärInnen daran bereichert haben. So ist es auch kein Wunder, dass die Korruption

floriert. Dies sind Effekte, die sowohl in Europa, in der UEFA, wie auch im Weltfußballverband FIFA, beobachtet werden können. Man sieht, dass auch die

50+1-Regel, die verbietet, dass ein Investor eine Entscheidungsmehrheit im Verein erhält, den Ausverkauf der Vereine nicht aufhalten kann. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, bis man in der Konkurrenz mit anderen Ligen, wo ganze

Klubs großen Sponsoren gehören, mit diesem Grundsatz bricht und Martin Kind,

Dietmar Hopp, Red Bull, Volkswagen, Bayer und anderen auch ganz offiziell den

Besitz an ihren Promoklubs überlässt.

Warum also begeistern sich trotz all dieser Probleme so viele Menschen und besonders ArbeiterInnen und Jugendliche für diesen Sport? Für Fans ist besonders der Zusammenhalt wichtig, dass der Fußball ein soziales

Event ist, welches Menschen verbindet. Gerade für Jugendliche, die durch den

allgemeinen Leistungsdruck und die Abhängigkeit durch das Konzept der bürgerlichen Familie, unterdrückt werden, hat dieser soziale Aspekt des Sports

eine besondere Bedeutung. Hier bilden sich Fanszenen, die man durchaus wie

Subkulturen betrachten kann. Jeder ist gleich, wenn er in der Kurve das gleiche

Team anfeuert. Dabei können Menschen ganz verschiedener Charaktere, Ideologien

oder politischer Orientierungen zusammengebracht werden, auch wenn Fans sehr

politisch werden können, indem sich zB. jetzt die Fans der eigentlich verfeindeten Vereine S**ão Paulos im Kampf** 

**gegen die Angriffe Bolsonaros zusammenschließen. Doch** abseits davon geht um Emotionen: Euphorie bis zur Ekstase, Trauer und auch Wut – all

das leben Menschen im Stadion und auch auf kleineren Fußballplätzen aus, wenn

der sonst so triste Alltag aus Arbeit, Schule oder Uni eine Auszeit bekommt. Probleme des Alltags können vergessen werden, wodurch diese Form der Unterhaltungsindustrie

besonders betrachtet werden muss, da es nicht nur um Unterhaltung wie im Film

geht, sondern darum, dabei zu sein und teilnehmen zu können – zumindest gefühlt.

Im Block werden Menschen klassenübergreifend zusammengeführt
– so war es zumindest einmal. Die Kommerzialisierung drängt die
ArbeiterInnenklasse aus den Stadien – Leidenschaft, die mit Fangesängen voller

Kraft und Entschlossenheit, gelegentlich auch mit Pyrotechnik ausgelebt

wird,

wird kriminalisiert und ist heute nicht mehr erwünscht. Ticketpreise steigen, Stehplätze verschwinden und damit verschwindet auch die Leidenschaft und die

ArbeiterInnenklasse aus den Stadien. Dies verdeutlicht sich auch, wenn man betrachtet, dass große Teile der Tickets an Sponsoren gegeben werden. Die Ultras,

die für die von allen so geliebte Stimmung im Stadion sorgen, werden von den

Medien kriminalisiert und diskreditiert. Dabei sind sie diejenigen, die allen voran ihr Leben für ihren Verein aufopfern, oftmals auf eigene Kasse.

Die Gründe für diese Entwicklung sind ökonomisch begründet.

Wo Menschen in Massen Interessen entwickeln oder praktisch immer, wenn irgendwas cooles im Kapitalismus entsteht, greifen Marktmechanismen und fangen

an, die Profite maximieren zu wollen und den Spaß zur Ware zu machen – so werden

Merchandise, Werbung und Pay-TV-Übertragungen auf die Plätze gebracht. Teilhabe

für Menschen der ArbeiterInnenklasse erschwert, da ein soziales Ereignis zu einem finanziellen Problem wird. Ähnlich sehen wir diesen Effekt auch bei der

Kommerzialisierung von Musik, Kunst, Festivals, der Filmindustrie und Ähnlichem.

Hiermit zeigt sich deutlich, aus welchen Gründen wirklich

der Profispielbetrieb nun fortgesetzt wird und dass dies nichts mit sportlichen

Interessen zu tun hat. Der Profifußball wird also nur aus Profitinteressen fortgesetzt und damit die Gesundheit von SpielerInnen, BetreuerInnen und aller

ArbeiterInnen im Umfeld der Vereine riskiert.

Es gilt nun dafür einzutreten, dass Profisportler\_Innen durchschnittliche Arbeiter Innenlöhne bekommen, Pyrotechnik legalisiert

wird

und Ticketpreise reduziert werden, um die Teilhabe der ArbeiterInnenklasse an

sportlichen Ereignissen sicherzustellen.

Aus diesem Grund müssen wir nun gemeinsam als ArbeiterInnen den Kampf gegen die Kommerzialisierung des Profifußballs und für den Schutz der

Gesundheit aller Beteiligten aufnehmen. Hierzu braucht es Streiks aller ArbeiterInnen, die für Fußballvereine arbeiten, gemeinsam mit den SpielerInnen.

Dieser Kampf muss gemeinsam mit den Fans geführt werden. Die aktuellen Sportverbände

müssen zerschlagen und ihre Vermögen enteignet werden. Der Profisport muss

unter demokratische Kontrolle der Beteiligten gestellt werden – gemeinsam in

Räten von Sportler Innen, Fans und anderen UnterstützerInnen.

# Was bedeutet die Corona-Krise für Menschen mit Behinderung\*?

Die Corona-Pandemie hat Einfluss auf

alle Bereiche unseres Lebens. Oft werden dabei aber Menschen mit Behinderung\*,

welche schon in "normalen Zeiten" Opfer von Diskriminierung, Entmündigung und Ausbeutung

werden, völlig außen vorgelassen. Um auf die unsichtbar gemachte

Lebenssituation dieser Menschen hinzuweisen, haben wir einen Genossen unserer

Organisation interviewt, der momentan in einem Wohnheim lebt und in der Altenpflege arbeitet.

#### Zunächst wollen wir aber noch

darauf hinweisen, dass wir den Begriff "Behinderung" nicht als medizinische Kategorie verstehen, wie es die in kapitalistischen Gesellschaften geläufige Begriffsverwendung ist. Wenn ihr wissen wollt, was es mit dem Sternchen \* auf

sich hat, schaut doch mal in diesen Artikel: https://onesolutionrevolution.de/es-sind-nicht-wir-die-die-behindert-sind-sond ern-der-kapitalismus-der-uns-behindert/.

In vielen Wohnheimen für Menschen

mit Behinderung\* gibt es seit Beginn der Pandemie Ausgangs- und Kontaktverbote.

Da unser Genosse innerhalb des Komplexes eine eigene Wohnung hat, darf er zwar

das Gelände verlassen, jedoch keinen Besuch empfangen, auch nicht von der engen

Familie oder einer Person. Er lebt dort mit anderen betreuten Wohngruppen zusammen, welchen es untersagt ist, das Gelände zu verlassen, weder zum Spazieren, zum Einkaufen oder mit Betreuung. Dies sorgt dafür, dass die Menschen völlig aus der Normalität gerissen werden und keinerlei Autonomität

mehr haben. Sie haben nicht die Möglichkeit, Dinge außerhalb des Grundbedarfs

zu erhalten, können kaum Kontakt zu nahstehenden Personen halten oder Hobbys

bzw. ihren Berufen nachgehen. Damit einhergehend sind sie also dauerhaft den

Betreuer\_Innen und dem beengten Raum der Wohngruppe ausgesetzt und Aussicht auf

Lockerung besteht dabei bislang nicht.

Wie bereits erwähnt arbeitet

unser Genosse in der Altenpflege und ist auch dort großem Stress ausgesetzt.

Gerade in Altersheimen ist die Pandemie eine große Gefahr und dies führt natürlich im Zusammenspiel mit den massiven personellen Notständen und den

Maßnahmen gegen die Verbreitung der Pandemie zu einer zusätzlichen Belastung,

welche aber mehr als ungerecht entlohnt wird. Wir sind uns alle bewusst, dass

der Carearbeitssektor mehr als unterbezahlt ist. Menschen mit Behinderung\* sind

davon allerdings sogar noch viel stärker Betroffen. Sie leisten ähnliche Arbeit, wie die anderen Kräfte und haben die gleichen miserablen Arbeitsbedingungen, sowie ungeregelte Pausen und die gleiche 36-Stunden-Woche

und erhalten dafür nur ca. 300 Euro monatlich. Ebenso werden sie massiv ausgebeutet und eine bevorstehende Ausbildung immer weiter herausgezögert oder

mit fadenscheinigen Ausreden abgelehnt. Vielen wird aufgrund ihrer Behinderung\*

der Anspruch auf einen Mindestlohn verwehrt. Ähnliche wie Geflüchtete oder Jugendliche scheinen sie in den Augen des Staates nicht als "vollwertige Menschen" zu zählen, denen ein Anspruch auf ein überlebensnotwendiges Minimum

an Gehalt zukommen würde.

#### Erschwerend kommt noch die

Diskriminierung von Kolleg\_Innen und Arbeitgeber\_Innen hinzu. Unser Genosse

berichtete, dass er an seiner alten Arbeitsstelle nicht ernst genommen wurde,

seine Arbeit nicht wertgeschätzt oder heruntergespielt wurde, sich des Öfteren

über ihn lustig gemacht und die "Drecksarbeit" an ihm hängen blieb, weil

ihm

nicht zugetraut wurde, mehr zu schaffen.

Damit schlagen Arbeitgeber Innen

aus der diskriminierenden Behandlung von Menschen mit Behinderung\* gleich

doppelt Profit. Zum einen werden Menschen mit Behinderung\* zu Hungerlöhnen zum

Arbeiten verpflichtet und können damit noch billiger ausgebeutet werden als Menschen ohne Behinderung\*. Zum anderen kommen Arbeitgeber\_Innen der Verpflichtung nach, Menschen mit Behinderung\* anzustellen und entgehen so evtl.

Strafzahlungen und können teilweise sogar Fördergelder dafür einstreichen. Denn

ab einer Betriebsgröße von mind. 20 Angestellten sind Arbeitgeber\_Innen verpflichtet

ca. 5 % Mernschen mit sogenannter "schwerer Behinderung\*" einzustellen.

### Unter all diesen Gesichtspunkten

ist es nun wichtig, sich den Gesetzesentwurf für das geplante "Reha-und Intensivpflegestärkungsgesetz" anzusehen, in welchem Jens Spahn aktuell versucht,

die häusliche Krankenpflege massiv zu beschneiden. Diese ermöglicht es, pflegebedürftigen Menschen und vor allem Menschen mit Behinderung\*, welche auf

Dauerbeatmung angewiesen sind, ambulant und damit in ihrem gewählten Zuhause zu

leben. Mit Spahns Entwurf soll jedoch nun die stationäre Unterbringung in speziellen Einrichtungen für alle "Versicherten mit einem besonders hohen Bedarf an medizinischer Behandlungspflege" zur Pflicht werden. Ausgenommen

davon sind nur Kinder, Jugendliche und Menschen für die das Leben in einer solchen Unterbringung unmöglich oder unzumutbar wäre. Darüber entscheiden

sollen willkürliche Sacharbeiter\_Innen. Offensichtlich hierbei ist, dass das

Ziel dieses Gesetztes nicht die Qualitätsversorgung ist, sondern dass es um eine Senkung der Kosten geht. Das Ganze ist jedoch nicht nur diskriminierend, es

entmündigt die Menschen auch massiv und nimmt jegliche Selbstbestimmung und

damit auch ein großes Stück Lebensqualität. Darüber hinaus verdrängt die Isolierung von Menschen mit Behinderung\* aus der Öffentlichkeit in die Heime

diese völlig aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung.

Das ist ein harter Schlag ins

Gesicht für die Behinderten\*bewegung und alle, die gegen die Diskriminierung,

für gleiche Rechte für Menschen mit und ohne Behinderung\*\* kämpfen. Dass solche

Vorschläge von der konservativen CDU vorgebracht werden ist dabei nicht verwunderlich. Wer konsequent die Ansicht vertritt, dass individuelle Leistung

die Stellung in der Gesellschaft maßgeblich bestimmt, gewährt Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit auch weniger Persönlichkeitsrechte, degradiert sie so ganz bewusst zu Menschen zweiter Klasse.

Der Sparzwang geht nicht nur in

der Pflege von Menschen mit Behinderung\*, sondern im gesamten Sorge,und

Gesundheitssektor um. Er ist Grund für die Unterfinanzierung der Einrichtungen,

die miserablen Betreuungsschlüssel in der Pflege und die oft hinfälligen hygienischen Zustände in Krankenhäusern, Heimen, oder auch betreuten Wohngemeinschaften.

Dagegen zu kämpfen hilft uns allen, ob Pflegebedürftig, Pflegend, oder Voll in

der Pflege beschäftigt, von einem menschenwürdigen Gesundheits,- und Pflegesystem zu profitieren.

Deswegen ist es wichtig sich mit

Menschen mit Behinderung\* zu solidarisieren und dagegen zu protestieren und

darum fordern wir:

Die konsequente

Ausfinanzierung der Pflege, sowohl in Einrichtungen als auch in der Heimpflege,

für den massiven Aus,- und Neubau von Pflegekapazitäten!

 Mehr Raum für Menschen mit Behinderung\*,
 damit es möglich ist, sich frei innerhalb von Einrichtungen zu bewegen und dass

Platz ist, um infizierte Personen unabhängig von anderen Bewohnern in

Quarantäne zu stellen!

- Benachteiligung aufheben,
   statt Menschen weiter zu Entmündigen, egal ob beruflich oder im sozialen Leben!
- Das Recht und die Möglichkeit frei zu wählen, ob man zu Hause lebt oder in einer Einrichtung, die man selbst wählt!
- Die Verstaatlichung von

Wohnheimen und Pflegeeinrichtungen unter Kontrolle der Beschäftigten und

Bewohner\_Innen! Die Betroffenen selbst sollen entscheiden, wie ein gutes Leben

mit professioneller Pflegeunterstützung aussieht und nicht die kapitalistische

Profitlogik!

• Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

# Es sind nicht wir die, die behindert sind, sondern der Kapitalismus, der uns behindert!

Wir verstehen den Begriff Behinderung\* nicht als

medizinische Kategorie, wie es die in kapitalistischen Gesellschaften geläufige

Begriffsverwendung ist (deshalb immer das Sternchen \* dahinter). Unserer Ansicht nach ist niemand behindert, sondern Menschen werden behindert gemacht.

Eine Behinderung\* entsteht also nicht als Strafe Gottes, als Laune der Natur oder aufgrund biologischer Defizite sondern durch gesellschaftliche

Ausschlusspraktiken. Kapitalistische Gesellschaften verfolgen nicht den Zweck,

allen Menschen auf der Basis ihrer individuellen Bedürfnisse ein gutes Leben zu

ermöglichen, sondern möglichst schnell möglichst viel Profit zu erwirtschaften.

Sie versuchen sich deshalb also nicht an besondere Bedürfnisse anzupassen sondern unprofitable Elemente zu selektieren.

Ihren grausamsten Ausdruck fand diese kapitalistische Praxis

im Nationalsozialismus, in dem sogenanntes "lebensunwertes Leben" planmäßig

ausgelöscht wurde. Doch auch nach 1945 wurden Menschen mit Behinderung\* zwar nicht

mehr systematisch ermordet, waren aber weiterhin ähnlichen

Aussonderungsmechanismen unterworfen. Weiterhin wurde ihnen jegliches Recht auf

Selbstbestimmung aberkannt. Unter schlimmsten Bedingungen wurden sie abseits

der Gesellschaft in Heime und andere Institutionen gesperrt, in denen lediglich

das totale Gesetz der Heimleitung galt. Diese Institutionen definieren die Grenzen, die Menschen mit Behinderung\* von gesellschaftlicher Teilhabe abhalten.

Insbesondere Frauen mit Behinderung\* leiden unter dieser Entrechtung, da sie in

dieser Situation noch häufiger Opfer sexueller Gewalt werden.

Durch die Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung\* und politische Kämpfe konnten bis heute erhebliche Verbesserungen für die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung erkämpft werden. Dennoch gilt im

Kapitalismus weiterhin die Verwertungslogik, die Behinderung als medizinisches

Problem versteht. Wenn überhaupt nach Lösungen gesucht werden, dann lediglich

medinizinisch-technische. Sattdessen braucht ein gesellschaftlich-gemachtes Problem auch gesellschaftliche Lösungen.

In einer Zeit der Krise und damit verbundenen

Sparprogrammen, sind Menschen mit Behinderung\* die ersten, die unter Kürzungen

im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich leiden müssen. Die Kürzungspolitik

von Regierungen auf der ganzen Welt wird zur "Hexenjagt" gegen jene, die als

"zu krank zum arbeiten" betrachtet werden und keine eigene Stimme in Politik

oder Mainstreammedien haben. Menschen mit Behinderung\* sind systematisch dazu

gezwungen, niedrigere Gehälter und schlechtere Positionen in Konzernen zu akzeptieren. So weigern sich private Firmen auch dagegen Arbeiter\_Innen mit

mentalen Beschwerden oder körperlichen Einschränkungen – die nicht selten aus

ihrer Arbeit heraus entstehen - zu unterstützen. Im Gegenteil versuchen die

Bosse diese Einschränkungen noch als Entschuldigung dafür zu nutzen, sie mehr

auszubeuten als andere. Nicht einmal ein Anspruch auf den gesetzlich garantierten

Mindestlohn wird ihnen zugesprochen.

Aber auch außerhalb der Arbeitsstätten sind Menschen mit

Behinderungen\* andauernder Diskriminierungen und Einschränkungen unterworfen. Der

öffentliche Nahverkehr und öffentliche Plätze sind oft nicht für sie ohne die Hilfe anderer zugänglich. Wenn nicht das, dann sind Menschen mit Behinderung\*

oft von sozialer Ausgrenzung, Vorurteilen, Mobbing oder sogar der Aufhebung

grundlegender Menschenrechte betroffen. Das trifft besonders auf halbkoloniale

Länder wie zB. Indien zu, in denen Menschen mit Behinderung\* am absoluten Rand

der Gesellschaft leben und nur mit Hilfe der Familie oder als Bettler\_Innen auf

der Straße überleben können. Dort wo es keinerlei oder wenig staatliche Unterstützung für jene gibt, die sich am wenigsten selbst helfen können, wird diese Aufgabe meistens den Frauen aus der Familie aufgebürdet. Doch Behinderungen\* sind nicht die Angelegenheit des\_der Einzelnen - insbesondere da

viele von ihnen direkt oder indirekt aus der kapitalistischen Ausbeutung, Stress,

gefährlichen Arbeitsplätzen, einem unzureichenden Gesundheitssystem, ungesunder

Ernährung oder Hunger erwachsen. Gegen die Diskriminierung und Entrechtung von

Menschen mit Behinderung\* vorzugehen ist daher ein elementarer Bestandteil des

Klassenkampfes!

#### Revolution fordert deshalb:

- Gleiche Bezahlung und die Überwachung der Löhne durch Arbeiter\_Innenkomitees!
- Zurücknahme aller Kürzungen und für den massiven Ausbau von Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen.

Bezahlt durch die Besteuerung der Reichen.

• Umfassende finanzielle

Hilfe durch den Staat. Niemand sollte ein\_e Gefangene\_r des eigenen Heims

aufgrund körperlicher Behinderung sein.

Bessere Arbeitsbedingungen

für Pflegepersonal, um Überarbeitung und das damit verbundene Leiden der zu

Betreuenden und deren Familie zu verhindern.

Überwachung der

Arbeitsbedingungen in den Betrieben, sowie der Pflege von Menschen mit Behinderung,

durch Komitees der Betroffenen und die Organisationen der Arbeiter Innenklasse!

- Für das Recht von Menschen
  - mit Behinderung Caucuse in den Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse zu gründen.
- Schluss mit jeder Form der

Diskriminierung, insbesondere mit reaktionären und religiösen Ideen, dass

Behinderungen eine Bestrafung oder eine Art moralischer "Test" wären!

# Wie kann ich den #Schulboykott an meiner Schule organisieren?

Das Virus ist lange nicht

besiegt, aber die Schulen werden wieder geöffnet, damit die Eltern wieder Mehrwert für das Kapital erwirtschaften können. Du findest das unverantwortlich

und scheiße? Wir auch. Du weißt aber, dass es Stress gibt, wenn du einfach so zu

Hause bleibst und das allein auch kaum etwas bringt? Wir auch. Du fragst dich,

was du tun musst, damit du einen erfolgreichen Boykott an deine Schule tragen

kannst? Das wollen wir hier beantworten.

# Schritt 0: Erstmal in die Schule gehen.

Klingt paradox, ist auch

nicht immer notwendig, aber: Wenn du noch alleine bist, höchstens ein, zwei Freund\_Innen hast, die dabei wären, dann solltet ihr vielleicht doch in den ersten Tagen noch einmal in die Schule gehen. Denn ihr müsst Leute um euch

sammeln! Führt in den Pausen Diskussionen, findet raus was die anderen ankotzt,

überzeugt sie mitzumachen.

# Schritt 1: Kompliz\_innen finden, Aufmerksamkeit erregen.

Individuell und

vereinzelt ist kaum jemand weit gekommen. Um euch zu vernetzen und kollektiv zu

organisieren, solltet ihr ein Streikkomitee an eurer Schule gründen. Darin könnt ihr eure weiteren Aktivitäten demokratisch planen. Aktivitätsformen gibt

es dann viele: Ihr könnt ein Transpi dropen, Plakate kleben, Flyer fliegen lassen, ihr könnt mit Sprühkreide o.ä. auf euch aufmerksam machen. Ihr könnt

einen offenen Brief an den Senat oder an die Schüler\_Innenvertretung schicken.

Es kann ebenso lohnen, sich an die Presse zu wenden. Man kann eine Presseerklärung schreiben oder Interviews führen, es gibt auch linkere Tageszeitungen

wie die "Junge Welt" oder "Neues Deutschland", die sich vielleicht schneller interessieren lassen. Checkt auch aus, was es online für Möglichkeiten gibt: Welche Telegram-Gruppen existieren an der Schule? Sind alle auf Instagram unterwegs? Gibt es eine Schulseite, an die man etwas posten kann und alle kriegen es mit? Beschränkt euch aber nicht nur auf das Internet, denn die Leute

müssen auch wissen, dass es euch um praktische Maßnahmen geht.

#### Schritt 2: Vernetzen!

Erst einmal: Ihr seid

nicht die einzige Schule in eurem Ort, wahrscheinlich gibt's hunderte mehr, an

denen überall das gleiche Problem besteht. Nehmt Kontakt auf, streikt gemeinsam, dann seid ihr auch hundertmal mehr auf der Straße.

Als Schüler Innen sind

wir aber auch nicht die einzigen, die von der verfrühten Schulöffnung betroffen

sind. Insbesondere die Gesundheit der Lehrer\_Innen, aber auch von Eltern, Großeltern, generell von allen wird aufs Spiel gesetzt, wenn sich das Virus wieder schneller ausbreitet. Holen wir sie also in den Kampf dazu. In der GEW

(Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) sind viele Lehrer\_Innen gewerkschaftlich organisiert, auf diese Weise kann man sie also kollektiv ansprechen. Auch andere Gewerkschaften wie ver.di oder der DGB sind gute Adressatinnen wie auch die politischen Parteien, die darin dominieren, also

**SPD** 

und Linkspartei. Vergesst aber nicht, dass alle davon einer verräterischen Leitung

unterstehen, die schon oft genug unsere Interessen und die ihrer eigenen Basis

in den Wind geworfen haben. Immerhin haben wir die Schulöffnung selbst zu einem

großen Teil der SPD-Führung zu verdanken.

#### Schritt 3: Streik!

Es ist wichtig, dass ihr

dem Streik ein Programm gebt und eure Aktion um konkrete Forderungen herum

mobilisiert. Was genau sind die Verbesserungen, die ihr wollt? Und wie könnte

man diese umsetzen?

Dabei wird auch eine

andere Sache immer notwendiger in dieser Zeit: Klare Kante gegen Rechts! Organisiert euch um einen antirassistischen und antisexistischen Konsens!

Sobald ihr eine kritische

Masse habt, heißt es Streik! Bedenkt, dass der Streik selbst auch eine Zugkraft

entwickeln kann. Vielleicht fangt ihr also auch schon mit einer kleineren Zahl an und begeistert die anderen, indem ihr ihnen beweist, dass es euch ernst ist.

und dass so ein Boykott tatsächlich machbar ist. Zwar sind Massendemonstrationen

derzeit schwierig, kleinere Kundgebungen kann man aber in den meisten Bundesländern anmelden, wenn ihr genug seid, dann macht halt mehrere.

### Klingt anstrengend?

Kann es auch sein. Aber

es ist schaffbar und man kann damit gewinnen, das hat die Geschichte schon

oft

genug bewiesen. Falls ihr Unterstützung oder noch weitere Tipps braucht, dann

meldet euch bei uns. Wir werden auch in einigen Städten wie Berlin oder Dresden

selbst etwas an den Schulen organisieren.

# Vom Schulboykott zum politischen Streik

Kaum erholt sich die Rate an Neuinfektionen mit dem Corona Virus, fordern Unternehmer\_Innen und Politiker\_Innen schon wieder die "Rückkehr

zur Normalität". Konkret bedeutet das: Wir sollen uns wieder in die uns aufgezwungenen gesellschaftlichen Tätigkeiten, zurück in die Schule, zurück an

den Arbeitsplatz, zurück in den Prozess der Verwertung begeben. Dass gerade

jetzt die Aneigung von Mehrwert wieder mal gegenüber dem Wohle Aller und insbesondere gegen das Wohl von Schüler\_Innen, Arbeiter\_Innen, Student\_Innen

und Arbeitslosen überwiegt, müssen wir nicht hinnehmen, im Gegenteil, wir müssen dagegen kämpfen.

Der Schulboykott ist dafür ein erstes Mittel. Selbst wenn uns gedroht werden sollte, dass wir nicht versetzt werden, ist es notwendig Widerstand zu organisieren. Dabei treffen Staat und Unternehmen diejenigen Aktionen am härtesten, die sie in an ihrer Existenzgrundlage treffen: der Ausbeutung von Arbeitskraft und der Aneigung von Mehrwert. Wie auch die im Bezug auf die ökologische Katastrophe gewinnt die Forderung nach politischen

Streiks, also Streiks die sich in Deutschland außerhalb des Rahmens des Streikrechts befinden, immer mehr an Bedeutung.

#### Politische Streiks!

Unser Schulboykott muss die Forderung nach politischen

Streiks aufwerfen und in die Bevölkerung tragen. Wir müssen Mitstreiter Innen

gewinnen, die sich in Solidarität mit unserem Boykott selbst in den Streik begeben. Dabei müssen wir aktiv auf Lehrer\_Innen und Erzieher\_Innen in der GEW,

auf Arbeiter\_Innen in Handel und Industrie zugehen und sie davon überzeugen, dass

wir zusammen gegen die Maßnahmen der Regierung, die unterm Strich den Unternehmen und Kapitaist\_Innen, nicht aber den Arbeiter\_Innen helfen, kämpfen

müssen. Dabei wählen wir unsere Verbündeten nicht zufällig. Der nachhaltige und

umfassende Kampf gegen die Corona-Pandemie liegt im gemeinsamen Interesse von

Arbeiter\_Innen und Schüler\_Innen. Weder wollen wir die gesundheitlichen Konsequenzen

einer verfrühten Lockerung von Schutzmaßnahmen tragen, noch die Kosten der

Krisenbewältigung aus den eigenen Taschen bezahlen. Kurzarbeiter\_Innengeld und

staatliche Zuschüsse für die große Industrie (von Autobauern bis zur Luftfahrt)

werden aus staatlichen Mitteln und Kassen bezahlt, die im Nachhinein von uns Jugendlichen

und Arbeiter\_Innen wieder gefüllt werden müssen.

### Kämpfe verbinden

Die auf Corona folgende wirtschaftliche Krise müssen wir zum

Anlass nehmen, eine Antikrisenpolitik zu fordern, die sich entschlossen gegen

den Kapitalismus stellt. Die Rezession und die zu erwartenden Einbrüche im Umsatz in der Autoindustrie und den Zuliefererketten heben die Notwendigkeit,

die Produktion zu verstaatlichen und unter Kontrolle von Beschäftigten ökologisch

umzugestalten, weiter hervor. Der damit einhergehende Wandel in der gesamten

Logistikbranche so wie im privaten Nah- und Fernverkehr kann nur im Staatseigentum, demokratisch von Arbeiter\_Innen und Nutzer\_Innen geplant, und

aus den unerschöpflichen Vorräten der Kapitalist\_Innen bezahlt werden. Solche

Konzepte, von einer entschlossenen kämpfenden Bewegung hervorgebracht, können

einen starken Pol gegen das Krisenmanagement und die Politik der

Bundesregierung, aber auch gegen die rechten Verschwörungsdemos, die überall

wie Pilze aus dem Boden sprießen, bilden. Eine rechte Bewegung kann sich immer

dann formieren, wenn die Antworten von links diffus sind oder ausbleiben. Um

den Spinner\_Innenn um Fernsehkoch Attila Hildmann, Moderator Ken Jebsen und

Musiker Xavier Naidoo und Co. die ideologische Grundlage zu entziehen, müssen

wir die berechtigten Sorgen und Zukunftsängste, die die Gesellschaft infiziert haben, in den Willen und den Mut zum Kampf gegen Krise und Kapitalismus umwandeln. Darüber hinaus muss unsere Bewegung dazu in der Lage sein, internationale Solidarität praktisch werden zu lassen. Streiks und Proteste mit

dem Ziel alle Geflüchtetenlager in und um Europa sofort zu schließen und alle

Geflüchteten unter Vergabe von vollen Staatsbürger\_Innenrechten aufzunehmen,

müssen unmittelbar stattfinden.

Warum sollen wir schon wieder zur Arbeit gehen wenn der Kampf gegen das Virus noch lange nicht gewonnen ist?

Warum sollen wir hinnehmen, dass unsere Sozialkassen für den "Erhalt von Arbeitsplätzen" im heiligen Standort Deutschland geplündert werden,

während Aktionäre weiter fette Dividenden ausgeschüttet bekommen?

Warum sollen wir Gesundheit Leib und Leben aufs Spiel setzen, um die Auswirkungen von Corona auf die Wirtschaft abzumildern?

Warum sollen Kaufprämien zum Erwerb von Dreckschleudern, aka Autos, ausgeschüttet werden, anstatt den Leuten einfach direkt das Geld zu geben und die Produktion von Autos auf die Produktion von umweltfreundlicheren

Verkehrsmitteln umzugestalten?

Weil wir in einer Klassengesellschaft leben, in der die Interessen des Proletariats den Interessen der Kapitalist\_Innen untergeordnet

werden. Dagegen wollen wir aktiv werden!

Unser Schulboykott kann ein erster Schritt sein.

Gleichzeitig müssen wir versuchen, Anschluss an die existierenden Proteste zu

gewinnen. Die Verbindung des Boykotts mit Aktionen der GEW und gemeinsame

Aktionen gegen die rechten Hygienespinner\_Innen müssen folgen. Dabei müssen wir

auf die unhaltsamen Bedingungen in Pflege und Krankenhäusern hinweisen, die es

den Angestellten, wie auch Patient\_Innen verunmöglichen, sich vor dem Virus zu

schützen. Sei es weil Desinfektionsmittel und Masken fehlen, sei es weil die Betreuungsschlüssel so unterirdisch sind, dass es nicht möglich ist, mehr Zeit in den Infektionsschutz und weniger Zeit in jeden einzelnen Patienten zu investieren oder weil viel zu wenig Geld in die Reinigung und Wartung der entsprechenden Einrichtungen gesteckt wird. Auf dem Boden von Unterfinanzierung, Unterbesetzung und Stress kann sich ein Virus einfacher ausbreiten. Das Mittel dagegen heißt Arbeitskampf.

#### **Boykottiere deine Schule!**

Wir lassen uns nicht von Rechten instrumentalisieren, wir kämpfen gemeinsam auf antifaschistischer Grundlage, nicht zuletzt gegen den

Rechtsruck!

Gegen die Vorzeitige Öffnung von Wirtschaft und Bildung nach der Pandemie!

Stopp der massenhaften Kurzarbeit, lasst Unternehmen und Kapitalist Innen für die Ausfälle in ihrer Produktion selbst aufkommen!

Für volle Löhne! 60 Prozent reichen einfach nicht aus, wenn Mieten teilweise schon 50 % der verfügbaren Einkommen schlucken!

Für das Recht auf politischen Streik!

Für eine klassenkämpferische Antikrisenbewegung statt nationalistischem Geschmuse mit dem Kapital!

### Was ist die Future von Fridays

### for Future?

Wir haben alle mitbekommen, dass seit die Corona-Zeiten angefangen haben, nicht mehr so besonders viel in FFF passiert ist, alles was geplant war musste ja auch abgesagt werden. Doch seien wir ehrlich: Auch vorher standen wir schon vor tiefgreifenden Problemen, deren Lösung nicht gerade an der Tür geklopft hat. Viele Aktvist\_Innen waren erschöpft und ausgelaugt. Frustration und Desillusioniertheit haben sich in der Bewegung breit gemacht. Kein Wunder, denn so viel getane Arbeit, so viel erlittenen Repression haben uns nur ein paar Babyschritte weitergebracht. Die alte Idee mit NGOs und Grünen zusammen die Regierung zu bessserer Klimapolitik zu bewegen ist -wer hätte es gedacht- wieder nicht aufgegangen. Eine Strategiedebatte sollte stattfinden, ist dann aber auch unter den Corona-Zug geraten.

Niemand wird bestreiten, dass wir aus unseren Fehlern lernen und etwas ändern müssen, wenn die Bewegung nicht nach und nach in Stücke zerfallen soll. Denn Aufmerksamkeit ist zwar erreicht worden, aber wenn wir an der Klimapaket der Bundesregierung denken, reicht das offensichtlich. Wir müssen die Vorstellung vom grünen Kapitalismus über Bord werfen, wir brauchen konsequenten Umweltschutz statt immer neuen Kompromissen mit der Kohlelobby. Denn besonders in Krisenzeiten -wie die kommende Wirtschaftskrise, die sich langsam anbahnt- wird die "grüne" Produktion teurer und unattraktiver für die Kapitalist\_Innen. Außerdem werden Konzerne gerettet, die Profite einbringen wie wir es gerade am Beispiel der Autoindustrie oder Reisekonzerne sehen. Statt Appellen an den Staat müssen wir also anfangen uns selbst als Bezugspunkt zu setzen für die Veränderung, die wir brauchen.

Wir, die Menschen, die von den Krisen dieser Gesellschaft betroffen sind, müssen zu der gesellschaftlichen Kraft werden, die entscheidet wie die Produktion, wie die Gesellschaft aufgebaut ist. Um dahin zu kommen, brauchen wir konkrete Forderungen:

Verbesserungen statt Verbote! Die Konzerne sollen selber für den Klimawandel zahlen, den sie verursacht haben. Für die Bevölkerung keine höheren oder indirekte Steuern, sondern kostenlosen Nahverkehr! Keine EEG zahlen, sondern konstenlosen Ökostrom!

Produktion, Energiewende und Verkehr müssen demokratisch durch Produzent\_Innen und Verbraucher\_Innen kontrolliert werden anstatt sich an dem Profit auszurichten, der dabei rumkommt! Niemand soll einfach so entlassen werden, stattdessen bedarf es einer Umstellung der Produktion, kostenlose Umschulung, sowie einen gemeinsamen Tarifvertrag für Alle, die in der Energiebranche arbeiten!Klimagerechtigkeit funktioniert nur international! Anerkennung der Klimakrise als Fluchtgrund, offene Grenzen und volle Staatsbürger\_Innenrechte für Alle! Außerdem sollen die Konzerne, die ihre Produktion auslagern und woanders die Umwelt zerstören zahlen!

Baut Komitees auf in euren Schulen, Unis und Betrieben! Wenn sie nicht heraus auf die Straße kommen, bringen wir die Themen zu ihnen. Diese Komitees müssen außerdem über zentrale Forderungen und Ausrichtungen der Bewegung abstimmen! Nur so können wir demokratisch, gemeinsam und transparent die Zukunft entscheiden!

Mit der kommenden Wirtschaftskrise, deren Auslöser die Pandemie ist, rollt nun neben der Klimakrise eine weitere Krise auf uns zu. Abwrackpremie und Milliarden für die Automobilindustrie, Datteln soll eröffnet werden und Stellenstreichungen bei der Bahn: Unter dem Vorwand "die Wirtschaft zu retten" werden die kleinen Fortschritte, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben wieder rückgängig gemacht. Unter dem selben Vorwand werden auch die Infektionsschutzmaßnahmen aufgelockert und dabei eine unnötig schwere 2. Welle in Kauf genommen. Für den Profit werden wir wieder in die Schule geschickt, obwohl sie einen der Hauptinfektionsherde darstellt.

Den Kampf dagegen können wir nicht führen ohne die Gewerkschaften. Diese haben so ein mächtiges Mobilisierungspotential, wenn sie nur wollen und objektiv haben sie das gleichen Interesse wie wir: Nicht für diese Krise zahlen! Zusammen müssen wir eine internationale Antikrisenbewegung aufbauen. 2019 waren wie so oft in der Geschichte wir, die Jugendlichen, wiedermal diejenigen, die vorgeprescht sind. Heute liegt es immernoch an uns!

## Linke Politik in der Pandemie?! Teil 2: Die radikale Linke

Im ersten Teil der Serie zur linken Politik in der

Corona-Pandemie haben wir uns bereits angeschaut, wie die Gewerkschaften gerade

das Interesse der Arbeiter\_innen den Interessen der Unternehmen unterordnen. Im

zweiten Teil wollen wir nun den Fokus auf die Politik der radikalen Linken in Deutschland setzen.

Dazu muss erstmal geklärt werden, was die radikale Linke überhaupt ausmacht. Die so genannte radikale Linke ist kein einheitliches Kollektiv,

sondern eher eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen, Gruppen und Strömungen, wie sie verschiedener kaum sein könnten. Wir fassen den Begriff

hier mal weit und beziehen uns auf Linke, die irgendwie Kapitalismus doof finden und nicht im Parlament sitzen.

Wo wir uns aber alle einig sind, ist, dass die Corona-Krise eine tiefere Krise des Kapitalismus offenbart. Der Kapitalismus ist zwar nicht die Ursache der Pandemie, aber die der Krise, die aus der Pandemie und dem Umgang des Kapitalismus mit dieser folgt. Auch können wir uns gemeinsam hinter

die Ablehnung gegen Grundrechtseinschränkungen, wie die

Demonstrationseinschränkungen, soziale Angriffe, zB. Die erhöhte Reproduktions-

und Sorgearbeit vor allem für Frauen\*, und die in der Corona-Pandemie noch verschärfte Grenzabschottung stellen.

Das ist allgemein eine gute Grundlage für gemeinsame

Politik. Es darf aber nicht nur bei seitenlangen Analysen und der Kritik am System verbleiben. Wir müssen auf die Straßen und uns

organisieren, um unsere Forderungen und Ziele durchsetzen können. Doch hierbei

gehen die Ansätze und Meinungen der verschiedenen Organisationen weeeeit auseinander.

Zurzeit werden unglaublich viele Texte produziert, wovon

einige gar nicht mal so schlecht sind, jedoch wird kaum eine Taktik entwickelt,

wie sich diese Krise angesichts der aktuellen Situation in die revolutionäre Praxis umsetzen lässt. Dabei wird kaum ein\_e prekär beschäftigte\_r Krankenpfleger\_in sich von einem Blogbeitrag auf indymedia für den Kampf gegen

den Kapitalismus und zur sozialistischen Revolution bewegen lassen.

Der 1.Mai als internationalen Kampftag der

Arbeiter\_innenklasse ist traditionell ein guter Tag um zu beurteilen, wie es um

die radikale Linke praktisch so steht. Der DGB sagte zunächst alle Kundgebungen

und Demonstrationen ab und veranstaltete nur "Online-Kundgebungen", in denen

sich Spitzenfunktionäre dafür abfeierten, wie gut die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmen im Dienste des Wirtschaftsstandorts Deutschland funktioniert. Trotz der fehlenden Unterstützung des DGB und trotz

des Demoverbots gingen am 01.05.20 einige 10.000 Menschen in Deutschland auf

die Straßen, um für die Solidarität mit Geflüchteten, die Lösung sozialer Probleme und in diesen Coronazeiten vor allem für die Notwendigkeit und die

(auch finanzielle) Anerkennung der Care-Berufe zu demonstrieren. Darunter waren

auch einige kämpferische Gewerkschaftler\_innen, die sich nicht so leicht vom DGB abspeisen lassen wollten. Unter anderem machte die VGK (Vernetzung für

kämpferische Gewerkschaften) Kundgebungen, an denen auch wir von REVO uns

beteiligten.

Wichtig jedoch ist, dass der 1. Mai kein Symbol bleibt, an dem man als radikale Linke mal kurz zeigt, dass man auch noch da ist. Stattdessen müssen die Proteste vom 1. Mai zum Funken für eine massenhafte

Anti-Krisenbewegung gegen drohende Angriffe, gegen Grundrechtseinschränkungen,

gegen Rassismus und für Solidarität werden. Denn wir können durch Streiks und

Besetzungen bis hin zum Generalstreik die GroKo herausfordern und die Machtfrage

stellen!

Die Basis einer solchen Bewegung müssen die in dieser Gesellschaft Marginalisierten sein. Dazu zählen zB. Jugendliche, Lohnabhängige, Studierende, Frauen, LGBTIA\* und Migrant\_innen. Wir dürfen uns deshalb nicht in linke "Szenearbeit" verrennen, sondern müssen verschiedene Organisationen unserer Klasse verknüpfen und zur gemeinsamen

Aktion auffordern. Wir brauchen deshalb auch einen Kampf mit und in den Gewerkschaften, um die Burgfriedenspolitik ihrer Führungen (siehe Teil 1) als

wichtiges Standbein des kapitalistischen "Krisenmanagements" anzugreifen.

Darüber hinaus reicht es nicht aus, nur Minimalforderungen (wie keine Entlassungen, mehr Geld für Pflegekräfte etc.) zu stellen, gleichzeitig aber dann zu sagen, "wir brauchen aber trotzdem jetzt den Kommunismus", wie es zum Beispiel die MLPD und andere stalinistische Gruppen

tun. Diese Forderungen sind zwar grundsätzlich richtig und wichtig, bleiben

aber Minimalforderungen und müssen daher mit der Perspektive des Kommunismus zu

Übergangsforderungen erweitert werden. Wir

fordern daher eine Verstaatlichung des Gesundheitssystems und der

Pharmaindustrie unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten und der

Gesellschaft.

Und auch wenn wir die gesamte Gesellschaft radikal, also von

Grund auf, zu einer besseren machen wollen, reicht es nicht aus, wenn wir nur

"solidarische Nachbarschaftshilfe" und "Kiezarbeit" leisten, wie es viele (Post-)Autonome gerade postulieren. Selbstorganisierung ist zwar ein wichtiger

Aspekt, kann aber nur die Symptome bekämpfen. Wenn wir also nicht immer nur uns

gegen die Mängel selbst organisieren wollen, müssen wir notwendigerweise die

Machtfrage stellen. Also kann ich zwar zum Beispiel für meine Nachbarin in die

Apotheke gehen, aber für die bestmögliche Bekämpfung der Pandemie müssen wir die

gesamte Pharmaindustrie unter Arbeiter\_innenkontrolle stellen.

Tatsächlich gibt es dafür gerade nur wenige Initiativen und

Perspektiven aus den Reihen der radikalen Linken, von denen sich die Massen

angezogen fühlen. Das führt dazu, dass dieses Feld gerade stark von Rechten besetzt und instrumentalisiert wird. Rechte sind gerade Veranstalter\_innen und

Redner\_innen auf so genannten Hygienedemos in vielen deutschen Städten, die

auch viele Demonstrant\_innen aus der bürgerlichen Mitte anziehen. Sie demonstrieren dabei gegen das aktuelle Krisenmanagement der Bundesregierung. Und diese Unzufriedenheit ist zum Teil auch gerechtfertigt. Der neu eingeführte

12-Stundentag, Grundrechtseinschränkungen oder Milliardenhilfen für Privatunternehmen sind Krisenmaßnahmen, die die Demonstrant\_innen nicht hinnehmen wollen. Die radikale Linke versagt in dieser Situation den Menschen

eine Perspektive zu bieten. Rechte Kräfte dagegen prangern diese Probleme an

und verbinden sie mit einer reaktionären Weltsicht, Rassismus und Esoterik. Dabei richten sie sich eher an das kleinbürgerliche Milieu,

da kleine Unternehmen und Selbstständige besonders hart von der Krise betroffen

sind, aber kaum vom Staat gerettet werden. Sie erzählen deshalb dem Proletariat

die Lüge, dass sie ein geeintes Interesse als das "Volk" gegen die "Elite" vertreten und bedienen sich so rassistischer und antisemitischer Denkmuster.

Dass sich die Forderungen der Anti-Corona-Proteste sogar mit den Interessen des

Kapitals decken, zeigt die vergleichsweise geringe Polizeirepression im Vergleich zu den linken Protesten am 1. Mai.

Nur durch eine klassenorientierte Anti-Krisenbewegung können wir den rechten die Stirn bieten und eine gesellschaftliche Perspektive zum kapitalistischen Krisenmanagement aufwerfen.

Revo macht hier den Anfang und hat schon die Initiative ergriffen und versucht uns Jugendliche in Stellung zu bringen. Wir treten für den Schulstreik gegen die Schulwiederöffnungen ein! Wir wollen nicht nur Artikel schreiben und uns theoretisch mit den Inhalten auseinandersetzen, sondern uns in dort wo wir uns tagtäglich aufhalten – also in den Schulen, Unis

und Betrieben – organisieren und uns aktiv an Kämpfen beteiligen, um eine massenhafte Bewegung auf die Beine zu stellen.

Im dritten Teil unserer Serie durchleuchten wir die Parteien

die Linke und die SPD, also bleibt gespannt.